

Gemeinderat von Zürich

02.12.2009

Postulat

von Walter Angst (AL)
und Balthasar Glättli (Grüne)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der **Einsatz der Kommunikations-Ressourcen zur raschen und umfassenden Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips** genutzt werden kann. Die gegen hundert PR- und Kommunikationsstellen sind so einzusetzen, dass die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Zürich in voller Transparenz und Offenheit über die Leistungen der Stadt Zürich sowie die Entscheide und die Planungen der Departemente und Dienststellen informiert werden und Zugang zu allen bei der Stadt verfügbaren Informationen erhalten, soweit diesem Anliegen nicht Persönlichkeitsrechte entgegen stehen.

Begründung

Alle Akten, Unterlagen und Datenbestände in allen öffentlichen Stellen sollen für die Bürgerinnen und Bürger prinzipiell zugänglich sein. Dieses Prinzip, das die demokratische Teilnahme an den öffentlichen Belangen und das Vertrauen in die Verwaltung fördern soll, ist zur Zeit nicht erstes Ziel der diversen Kommunikationsabteilungen der Stadt Zürich.

Das mit dem Gesetz über die Information und den Datenschutz (IDG) auch in der Stadt anzuwendende Öffentlichkeitsprinzip hat sich bisher vor allem in einer neuen Kategorisierung der Verwaltungsbeschlüsse niedergeschlagen.

Gleichzeitig ist die Zahl der mit Kommunikations- und PR-Aufgaben beschäftigten Mitarbeiter/-innen jedoch hoch und tendentiell steigend. Im Rahmen des Budgetprozesses wurde und wird diese Steigerung immer wieder kritisiert. Das Unbehagen wurde in der Vergangenheit durch Kommunikationsmassnahmen verstärkt, die eher der Selbstdarstellung und der gezielten Bearbeitung der öffentlichen Meinung als der offenen und transparente Information gedient haben. Eine generelle Überprüfung der für PR- und Kommunikationstätigkeit eingesetzten Ressourcen könnte die Akzeptanz und den Nutzen der von der Stadt Zürich in diesem Bereich eingesetzten Mittel erhöhen.

Behandlung mit Voranschlag 2010, 1500 Präsidialdepartement, Zentrale Verwaltung. Kto 3010 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

Bürger-Wahn M